



# Amtsblatt 50 für den Landkreis Hannover

JAHRGANG 1981

HANNOVER, DEN 19. MÄRZ 1981

NR. 12

INHALT	SEITE
<b>A) SATZUNGEN, VERORDNUNGEN UND BEKANNTMACHUNGEN DES LANDKREISES HANNOVER</b>	
Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Tätigkeit des Rechnungsprüfungsamtes des Landkreises Hannover	117
<b>B) SATZUNGEN UND BEKANNTMACHUNGEN DER STÄDTE UND GEMEINDEN</b>	
<b>1. Stadt Burgdorf</b>	
Gebührensatzung für die Jugendfreizeiteinrichtungen der Stadt Burgdorf	117
Benutzungsordnung für das Haus der Jugend in Burgdorf, für dessen Nebenstelle und die Jugendräume in den Stadtteilen der Stadt Burgdorf	118
<b>2. Stadt Gehrden</b>	
Bauleitplanung der Stadt Gehrden hier: Bebauungsplan Nr. 3 der Ortschaft Ditterke	119
Bauleitplanung der Stadt Gehrden hier: Bebauungsplan Nr. 4 der Ortschaft Leveste	120
Bauleitplanung der Stadt Gehrden hier: III. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 13	120
<b>3. Gemeinde Hemmingen</b>	
Gebührensatzung für die Leine-Volkshochschule	120
<b>4. Stadt Laatzen</b>	
Vierte Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Laatzen vom 2. April 1974 in der Fassung der Dritten Änderungssatzung vom 9. November 1976	122

## INHALT

## SEITE

### 5. Stadt Lehrte

Haushaltssatzung der Stadt Lehrte für das Haushaltsjahr 1981	123
--	-----

### 6. Stadt Pattensen

Bebauungsplan Nr. 202 A „Feldgärten“, Ortsteil Schulenburg der Stadt Pattensen, Landkreis Hannover	124
---	-----

### 7. Stadt Seelze

2. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 3 für den Stadtteil Velber der Stadt Seelze	124
---	-----

### 8. Stadt Springe

Haushaltssatzung der Stadt Springe Haushaltsjahr 1981	125
--	-----

Satzung der Stadt Springe über den Ausgleichsbetrag für nicht herzustellende Kraftfahrzeugeinstellplätze	125
---	-----

## C) SONSTIGE BEKANNTMACHUNGEN

---

## 6. Stadt Pattensen

### Bebauungsplan Nr. 202 A „Feldgärten“, Ortsteil Schulenburg der Stadt Pattensen, Landkreis Hannover

Gemäß § 12 des Bundesbaugesetzes wird hiermit öffentlich bekanntgemacht, daß der Bebauungsplan Nr. 202 A „Feldgärten“, Ortsteil Schulenburg der Stadt Pattensen, durch die Bezirksregierung Hannover mit Verfügung vom 08.12.1980 - Az.: 309.5-21102.2-202 A - 53/80 - genehmigt wurde.

Der Bebauungsplan wird begrenzt:

#### Im Westen

Von der Ostgrenze der Straße „Meiersortweg“

#### Im Norden

Von der Nordwestecke des Flurstückes 651 in östlicher Richtung bis zur Nordostecke des Flurstücks 71/8

#### Im Osten:

von der Westgrenze der Straße „Fischbacher Straße“

#### Im Süden:

durch die Nordgrenze der Hauptstraße und der Straße „Grünes Tal“

Der genehmigte Bebauungsplan 202 A „Feldgärten“ liegt mit Begründung im Nebengebäude des Rathauses der Stadt Pattensen, Hofstr. 2, Planungsamt, während der Sprechzeiten zu jedermanns Einsicht öffentlich aus.

Der Bebauungsplan Nr. 202 A „Feldgärten“ wird mit dieser Bekanntmachung rechtsverbindlich.

Gemäß § 44 c BBauG kann Entschädigung verlangt werden, wenn die im § 39 j BBauG Neufassung (Vertrauensschaden), § 40 BBauG Neufassung (Entschädigung in Geld oder durch Übernahme), § 42 BBauG Neufassung (Entschädigung bei Begründung von Geh-, Fahr- und Leitungsrechten), § 43 BBauG Neufassung (Entschädigung bei Bindungen für Bepflanzung) und § 44 BBauG Neufassung (Entschädigung bei Änderung oder Aufhebung einer zulässigen Nutzung) bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind. Die Fälligkeit des Entschädigungsanspruches kann dadurch herbeigeführt werden, daß die Leistung der Entschädigung schriftlich bei dem Entschädigungspflichtigen beantragt wird.

Der Entschädigungsanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von 3 Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die genannten Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruches herbeigeführt wird.

Eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften des Bundesbaugesetzes bei der Aufstellung von Satzungen (Bebauungsplan) nach dem Bundesbaugesetz ist unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung der Satzung gegenüber der Stadt Pattensen geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist darzulegen (§ 155 a des Bundesbaugesetzes in der Fassung des Gesetzes zur Beschleunigung von Verfahren und zur Erleichterung von Investitionsvorhaben im Städtebaurecht). Dieses gilt nicht für die Ver-

letzung von Vorschriften über die Genehmigung und diese Bekanntmachung der Satzung (Bebauungsplan).

Pattensen, den 24.02.1981

Der Stadtdirektor  
Drücker

## 7. Stadt Seelze

### 2. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 3 für den Stadtteil Velber der Stadt Seelze

Der Rat der Stadt Seelze hat in seiner Sitzung am 2.3.1981 aufgrund der §§ 10 und 13 des Bundesbaugesetzes (BBauG) in der Neufassung vom 18.8.1976 (BGBl. I S. 2256) unter Berücksichtigung der Berichtigung vom 20.12.1976 (BGBl. I S. 3617) und des Gesetzes zur Beschleunigung von Verfahren und zur Erleichterung von Investitionsvorhaben im Städtebaurecht vom 6.7.1979 (BGBl. I S. 949) in Verbindung mit den §§ 6 und 40 der Nds. Gemeindeordnung (NGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18.10.1977 (Nds. GVBl. 1977, Nr. 38, S. 497), zuletzt geändert durch das 5. Gesetz zur Änderung der NGO und der Nds. Landkreisordnung (NLO) vom 18.10.1980 (Nds. GVBl. vom 21.10.1980, Seite 385), die 2. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 3 für den Stadtteil Velber der Stadt Seelze mit Begründung als Satzung beschlossen.

Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 3 für den Stadtteil Velber der Stadt Seelze umfaßt das Flurstück 27/1 der Flur 3 der Gemarkung Velber, Grundstück Westerwinkel 5.

Die 2. vereinfachte Änderung dieses Bebauungsplanes liegt mit Begründung im Bauverwaltungsamt der Stadt Seelze, An der Junkernwiese 5, 3016 Seelze 1, öffentlich aus und kann dort während der Dienstzeiten eingesehen werden.

Auf die § 44 c und 155 a BBauG wird folgendermaßen hingewiesen:

Nach § 44 c BBauG kann Entschädigung verlangt werden, wenn die in den § 39 j (Vertrauensschaden), § 40 (Entschädigung in Geld oder durch Übernahme) § 42 (Entschädigung bei Begründung von Geh-, Fahr- und Leitungsrechten), § 43 (Entschädigung bei Änderung oder Aufhebung einer zulässigen Nutzung) bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind. Die Fälligkeit des Anspruchs kann dadurch herbeigeführt werden, daß die Leistung der Entschädigung schriftlich bei dem Entschädigungspflichtigen nach § 44 a BBauG beantragt wird.

Ein Entschädigungsanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von 3 Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruchs herbeigeführt wird.

Nach § 155 a BBauG ist eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften von Satzungen nach diesem Gesetz unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung der Satzung gegenüber der Stadt Seelze geltend gemacht worden ist. Dies gilt nicht für die Verletzung von Vorschriften über die Bekanntmachung der Satzung.